



Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

II-2643 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
DVR: 0000019

Zl. 353.110/85-I/6/91

5. Juli 1991

Herrn  
Präsidenten des Nationalrats  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

1058/AB  
1991 -07- 08  
zu 1144/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Haupt, Haller, Aumayer, Moser haben am 16. Mai 1991 unter der Nr. 1144/J am mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Atomkraftwerke in der CSFR gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Bestehen Untersuchungen darüber, wie sich eine Spaltung der CSFR in eine Tschechische und eine Slowakische Republik auf den Betrieb von Bohunice auswirken würde?
2. Welche Auswirkungen hätte ein EG-Beitritt der CSFR auf die bestehenden Atomkraftwerke?
3. Wann und über wie viele Störfälle wurde Österreich im Jahr 1990 direkt von der CSFR informiert?
4. Ist Ihnen bekannt, welche Energiesparmaßnahmen derzeit in der CSFR geplant, eingeleitet, durchgeführt werden?
5. Ist Ihnen bekannt, welches Investitionsvolumen für Energiesparmaßnahmen in der CSFR aufgewendet werden?
6. Ist Ihnen bekannt, welches Investitionsvolumen in der CSFR für Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den bestehenden und geplanten Atomkraftwerken eingesetzt wird?

7. Wie groß sind die Sicherungsinvestitionen, die Österreich zur Abwendung von Gefahren aus Atomkraftwerken in der CSFR aufwendet?
8. Hat bzw. wird sich auch Österreich an den in Punkt 5) und 6) genannten Investitionen beteiligen bzw. diese fördern?
9. Wenn ja, in welcher Höhe und unter welchen Kredit- bzw. Förderungsbedingungen?
10. Welche Stellungnahmen haben Sie zur Frage der Errichtung und des Betriebes von Atomkraftwerken im österreichnahen bzw. Österreich gefährdenden Raum eingeholt?
11. Welche Schritte haben Sie konkret unternommen, um eine latente Atomgefahr aus den kritisierten Atomkraftwerken auf Österreich abzuwenden; und mit welchem Erfolg?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Nein.

Zu Frage 2:

Im Falle eines Beitritts der CSFR zu den EG müßte die CSFR allen drei Europäischen Gemeinschaften, d.h. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und auch der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) beitreten.

EURATOM hat wichtige Funktionen unter anderem in folgenden Bereichen:

- Aufstellen einheitlicher Sicherheitsnormen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte sowie die Sorge für ihre Anwendung;
- Entwicklung der Forschung und Verbreitung der technischen Kenntnisse, u.a. auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der Abfallbeseitigung;
- Zusammenarbeit mit der IAEO im Rahmen der Sicherheitskontrolle, d.h. der Kontrolle der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen im Sinne des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen.

- 3 -

Als Mitglied bei EURATOM müßte die CSFR das geltende EG-Recht im Bereich der Kernenergie, des Strahlenschutzes und der nuklearen Sicherheitsmaßnahmen anwenden, wodurch ohne Zweifel die Sicherheit des Betriebs der Kernanlagen in der CSFR erhöht würde.

Zu Frage 3:

Laut Information der zuständigen tschechoslowakischen Stellen haben sich in den tschechoslowakischen Kernkraftwerken im Jahr 1990 keine informationspflichtigen Störfälle mit radioaktivem Austritt ereignet, die gemäß dem österreichisch-tschechoslowakischen Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses in Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit zu berichten gewesen wären (ab Stufe 3 der internationalen Bewertungsskala INES).

Vollständigkeitshalber sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß dieses Abkommen im heurigen Jahr auf Drängen der österreichischen Bundesregierung insofern konkretisiert wurde, als nunmehr auch solche nicht-nuklearen Vorfälle unverzüglich zu melden sind, bei denen keine unmittelbare Sicherheitsrelevanz gegeben ist, die aber bei der Bevölkerung Besorgnis auslösen könnten (ab Stufe 2 der internationalen Bewertungsskala).

Zu Frage 4:

Angesichts der Komplexität und des Umfangs der Aufgabe sind derzeit keine diesbezüglichen Abschätzungen möglich. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß im Oktober 1990 aufgrund einer österreichischen Initiative eine österreichisch-tschechoslowakische Kommission für Energie und Umwelt eingerichtet wurde, in deren Rahmen eine besondere Arbeitsgruppe mit Fragen der Rationalisierung des Energieeinsatzes befaßt ist. Diese Arbeitsgruppe soll die Möglichkeiten zur Aktivierung des zweifellos vorhandenen Energiesparpotentials in der CSFR erfassen und quantifizieren.

- 4 -

Erst nach Vorliegen konkreter Ergebnisse wird es möglich sein, energiesparende Maßnahmen einzuleiten. Ergänzend sei festgehalten, daß auch das österreichische Angebot für eine Studie zur Effizienzsteigerung der Energiewirtschaft der CSFR unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie als weiterer österreichischer Beitrag zur Verbesserung des Energieeinsatzes die selben Ziele verfolgt.

Zu Frage 5:

Diesbezügliches Datenmaterial ist nicht vorhanden. In den ehemals planwirtschaftlich strukturierten Ländern Osteuropas wurden Energiekosten nicht als Kalkulationsgrundlage für betriebswirtschaftliche Berechnungen herangezogen. Die Verbesserung dieser Situation zählt zu den vordringlichsten energiepolitischen Herausforderungen der CSFR.

Zu Frage 6:

Darüber liegen keine Unterlagen vor.

Zu Frage 7:

Durch die Studie der österreichischen Expertenkommission wurde auf die möglichen Gefahren beim Betrieb des Kraftwerks Jaslovske Bohunice hingewiesen. Daraus ableitbare Sicherheitsinvestitionen können nur vom Betreiber des Kraftwerks vorgenommen werden; eine Anfrage um eine Finanzierungsbeteiligung Österreichs an derartigen Investitionen ist weder für das Kraftwerk Bohunice noch für ein anderes in Betrieb oder in Bau befindliches Atomkraftwerk erfolgt.

- 5 -

Zu Frage 8:

Durch die Novelle des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetzes wurde grundsätzlich die Möglichkeit geschaffen, immaterielle Leistungen wie Studien, Planungen, Schulungen oder Lizenzen zu fördern, sofern diese Maßnahmen der Reinhaltung der Luft oder der Gewässer dienen und wesentliche umweltbelastende Auswirkungen auf Österreich verhindert werden können. Davon sind auch Maßnahmen zur effizienteren Nutzung von Energie betroffen, sofern sie den angeführten Zielen dienen.

Zu Frage 9:

Konkrete Angaben über die Inanspruchnahme der oben angeführten Förderungen werden gemäß den Förderungsrichtlinien, welche vom Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen erlassen werden, bestimmt werden. Bei diesen und anderen allfälligen Förderungsmaßnahmen wird jedenfalls auf den bestehenden OECD-Konsensus Bedacht zu nehmen sein.

Zu Frage 10:

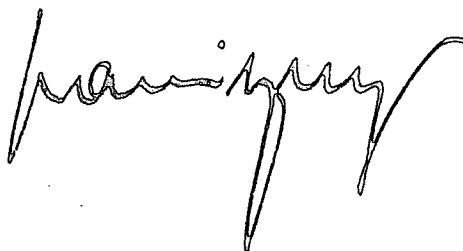
Ich habe das Forum für Atomfragen mit dieser Aufgabe betraut. Das Forum für Atomfragen führt derzeit eine Grobanalyse der Österreich nahen bzw. gefährdenden Atomkraftwerke durch und wird mir auf dieser Analyse aufbauend diesbezügliche Handlungsvorschläge unterbreiten.

Zu Frage 11:

Nach dem Bekanntwerden ernster Zweifel am Sicherheitsstandard des Kernkraftwerks Bohunice habe ich eine unabhängige Expertenkommission beauftragt, den technischen Sicherheitszustand dieser Anlage zu bewerten.

Da dieses Gutachten zum Schluß gelangte, Bohunice sollte aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden, habe ich die CSFR um ehebaldigste Schließung der beiden kritisierten Blöcke ersucht und die Ausarbeitung eines konkreten energiewirtschaftlichen Angebots veranlaßt, das ich Anfang dieses Jahres dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten überreicht habe. Die CSFR hat zugesagt, dieses österreichische Angebot im Rahmen von bilateralen Expertengruppen ernsthaft zu prüfen. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich konnte jedoch anläßlich meines Besuchs beim tschechoslowakischen Ministerpräsidenten am 27. Mai 1991 feststellen, daß die tschechoslowakische Regierung der Besorgnis der österreichischen Bevölkerung und der österreichischen Bundesregierung in zunehmendem Maß Verständnis entgegenbringt.

Die Sorge der österreichischen Bevölkerung war für mich auch der Anlaß, im Fall des Atomkraftwerks Krsko österreichische Unterstützung im Bereich der Sicherheitsbewertung des Kraftwerks bzw. bei der Umstrukturierung der Energiesysteme anzubieten. Diesbezügliche Gespräche sind bereits im Gange.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kranzinger', written in a cursive style.